

## Abschiebungen

Rundmail 18-11-2018

Liebe Gambia-Netzwerker,

heute einige Informationen zum Thema Abschiebungen.

### Offizielle Zahlen:

#### Im 1. Halbjahr 2018

Abschiebungen aus Baden-Württemberg nach Gambia: (Auskunft des Flüchtlingsrates BaWü)	<b>27</b>
Abschiebungen aus der Bundesrepublik Deutschland nach Gambia ( <u>inklusive</u> der Fälle aus BaWü!)	<b>51</b>
Abschiebungen von Gambiern insgesamt	<b>214</b>

D.h. inklusive der Dublin-Fälle, die sich damit auf circa 160 Abschiebungen nach Italien, Spanien und andere Länder belaufen  
(Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und weiterer Abgeordneter der Fraktion DIE LINKE)

Ausreisepflichtige Gambier in Baden-Württemberg:	ca. <b>3000</b>
Ausreisepflichtige Gambier in Bremen	<b>138</b>

Zu Bayern liegen keine Zahlen vor, da nur die 10 größten Nationalitäten genannt werden.  
Flüchtlingen aus Gambia werden erst in jüngster Zeit nach Bayern verlegt.)

### Berichte über Abschiebungen:

**Es scheint so, als ob die Politik und die Behörden Abschiebungen nach Gambia mit aller Macht forcieren!**

#### **Abgesichert:**

Anfang November wurden 15 Gambier nach Banjul, Gambia, abgeschoben, darunter wohl auch Berufstätige (siehe im Anhang Freedom Newspaper vom 5. Nov 2018)

#### **Stuttgart, Konstanz:**

Eine weitere Gruppenabschiebung hat offenbar in der Kalenderwoche 46 (14. Bis 17. November) stattgefunden: 5 Gambier aus dem Raum Stuttgart und Konstanz, und 6 Gambier aus der Schweiz.

**Nicht abgesichert** (das heißt, wir können die Angaben nicht prüfen – also Vertrauenssache. Nicht immer mit vollständigen Angaben)

#### **Wannweil, Abschiebung geplant:**

Geplante Abschiebung nach Gambia am 18. Dezember 2018

Omarou F.

Hat keine Papiere abgegeben

Entzug der Arbeitserlaubnis

Reduzierung der Sozialleistungen und im Oktober komplette Streichung der Leistungen

**Schwetzingen:**

Offenbar mit oben genanntem Flug Anfang November nach Gambia abgeschoben:  
Maleey  
Duldung mit Arbeitserlaubnis und Job  
Der Vorladung vor die gambische Delegation gefolgt, aber keine Papiere abgegeben.  
Nachts um 3.00 Uhr von der Polizei abgeholt.  
Bankkarte wurde abgenommen, obwohl noch ein Guthaben von 700 € vorhanden war.

**Esslingen/Nürtingen:**

Abschiebung im September nach Gambia  
Basirou C., angeblich ohne irgendwelche Papiere nach Banjul verbracht  
Bankkarte abgenommen.  
Konnte nicht alle persönlichen Gegenstände mitnehmen

**Schriesheim:**

Abschiebung im August nach Gambia  
August 2018  
Keine Vorladung vor die gambische Delegation  
Nach muslimischem Recht – nicht nach deutschem – mit einer deutschen Frau verheiratet  
Festanstellung vorhanden

**Kernen:**

Abschiebung Anfang August nach Gambia.  
Keine näheren Angaben

**Aus dem 1. Halbjahr 2018****Ilvesheim:**

Versuchte Abschiebung Anfang Juli 2018 (Polizei hat ihn nicht zuhause angetroffen)  
Sulayman  
Anhörung bei gambischer Delegation  
Keine Papiere abgegeben  
Nicht straffällig geworden  
Festanstellung bei einem kleineren Supermarkt (keine Ausbildung)  
Emergency Pass wurde für ihn ausgestellt.

**Dürnau:**

Abschiebung im Februar 2018 nach Gambia  
Ousman  
War bei der gambischen Delegation  
Hat keine Papiere abgegeben  
Festnahme durch die Polizei und sofortiger Flug nach Gambia. Anlaufstellen und Hilfen für Rückkehrer wurden ihm keine genannt.  
Nicht straffällig geworden  
Keine Festanstellung oder Ausbildung

**Fazit:** Aus den Fällen ist nicht ersichtlich nach welchen Kriterien die Abzuschiebenden ausgesucht werden. Es gibt Leute, die keine Papiere vorgelegt haben, sondern nur bei der gambischen Delegation waren. Es gibt Fälle mit festen Jobs. Angeblich sollen sogar Leute abgeschoben worden

sein, die in Ausbildung waren. Die meisten aber haben offenbar nicht „vollumfänglich“ an der Identitätsfeststellung mitgewirkt.

### **Gambia und EU: Rücknahmeabkommen**

**Gambia hat sicher die Rücknahme von Straftätern zugesagt.**

**Ob es ein allgemeines Rücknahmeabkommen mit Gambia gibt, ist völlig unklar!**

**Es gibt Verhandlungen zwischen Gambia und der EU.**

Aus einem Artikel der gambischen Zeitung „The Standard“ vom 26. Juli 2018:

Nach Aussagen des EU-Botschafters für Gambia ist die Europäische Union derzeit in Verhandlungen für ein Abkommen, durch das illegale gambische Migranten aus den 28 EU-Ländern zurückgeführt werden könnten. Angeblich ist es geplant, monatlich 50 Geflüchtete aus der ganzen EU zurückzuführen.

Wie weit diese Verhandlungen gediehen sind, ist bisher nicht bekannt. Ob hier Geld fließt und an wen, ist ebenfalls unklar.

**Aussage von Honorarkonsul Herr Dr. Bouché, Veranstaltung in Friedrichshafen, 6. Oktober 2018:**

Ein Rücknahmeabkommen mit Deutschland (EU?) gibt es nur für straffällig Gewordene.

Das hieße: Bei allen anderen muss der gambische Staat im Einzelfall der Rücknahme zustimmen! Es ist also Ermessensentscheidung. Die Einstellung der gambischen Regierung zur Frage der Rücknahmen sei sehr gespalten.

**Wir wissen nicht, nach welchen Kriterien die gambischen Behörden hier entscheiden.**

### **Rechtliche Lage:**

Rein rechtlich (Asylbewerbergesetz) sind die deutschen Behörden auf der sicheren Seite. Sowohl was die Sanktionen betrifft, die gegen diejenigen verhängt werden, die ihre Identität nicht nachweisen. Allerdings werden gegenwärtig Ermessensspielräume fast immer sehr eng und zu Ungunsten der Geflüchteten ausgelegt.

Die Abschiebungen selbst sind oft entwürdigend und beängstigend. Rein rechtlich sind die Behörden und Ordnungskräfte aber auch hier „im Recht“.

Trotzdem:

### **Eine aberwitzige Situation entsteht**

Die Zahlen der Abschiebungen sind nach wie vor relativ gering im Vergleich zu der Zahl der Gambier, die in Deutschland und v.a. in Baden-Württemberg leben. Doch die Angst vor der Abschiebung ist bei den Gambiern – wie auch v.a. bei den Afghanen und Pakistani – alltäglicher Begleiter – ein Damoklesschwert, das über jedem schwebt (Ausnahme sind nur diejenigen mit Ausbildungsduldung). Bedeutet sie doch, wie bei Afghanen, die Rückkehr in den Bürgerkrieg, und bei Gambiern in das noch instabile Gambia mit seiner nach wie vor prekären wirtschaftlichen Lage ohne Zukunftsperspektiven.

Das führt dazu, dass viele selbst dann nicht bei der Identitätsfeststellung kooperieren, wenn sie sich mit einiger Aussicht auf Erfolg um Papiere bemühen könnten. Es folgen umgehend Sanktionen, und das bedeutet:

- Arbeitsverbot
- Kürzung der Sozialleistungen auf bis zu 151 € (wovon man weder leben noch sterben kann).
- Einzug der Krankenkassenkarte
- Streichung des Wohngeldes

**Dies alles führt zu einer aberwitzigen „lose-lose-Situation“, in der ALLE nur verlieren!**

- Den Unternehmen werden Knall auf Fall Arbeitskräfte entrissen, die sie dringend brauchen. Die Wirtschaft wird ausgebremst, weil motivierte und fleißige Kräfte, die eigentlich da wären, nicht eingestellt werden können.
- Der Steuerzahler muss Geflüchtete wieder alimentieren, die schon auf eigenen Füßen standen und in die Sozialkassen eingezahlt hatten.
- Die Geflüchteten werden in ausweglose Situationen gebracht. Kriminalität, Kleinkriminalität, Ordnungswidrigkeiten, aber auch Schwarzarbeit werden die Polizei, den Zoll, die Staatsanwaltschaften und die Gerichte zunehmend beschäftigen und Ressourcen verschlingen.
- Die Geflüchteten selbst, die oft Jahre der Integrationsbemühungen hinter sich haben, Deutsch gelernt und sich beruflich integriert haben, werden in Wut, Verzweiflung und Depressionen getrieben, aus denen nichts mehr Gutes entstehen kann.
- Und nicht zuletzt: Die enormen finanziellen Mittel, die zur Aufnahme und Integration der Flüchtlinge eingesetzt wurden, sind ebenso in den Sand gesetzt, wie das große Engagement von haupt- und ehrenamtlichen Unterstützern der Geflüchteten.

**ALLE verlieren!** Doch unsere Politiker und Behörden sind absolut unfähig, Lösungen zu finden und schnell umzusetzen, die diese widersinnige Situation beenden.

Was durchaus möglich wäre – wie Ausbildungsduldung gezeigt hat.

**Was tun?**

Es grüßt mit dieser Fragestellung

Birgit Hummler  
Kay Bochmann-Riess